

## Resolutions-Vorschlag grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung,

Heute behandeln wir den Resolutionsvorschlag, bezüglich der Verbesserung der inländischen medizinischen Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache und der Zukunft eines erleichterten Zugangs zur grenzüberschreitenden medizinischen Gesundheitsversorgung im belgisch-deutschen Grenzgebiet.

Dieser Resolutionsvorschlag ist im Grunde ein Gemeinschaftsprojekt aller Fraktionen, der auf intensiven Beratungen im Ausschuss und auf Anhörungen basiert, beispielsweise mit den Krankenhäusern.

Der Ursprungstext und auch der ursprüngliche Titel wurden quasi vollständig ersetzt und der Inhalt komplett überarbeitet.

Bevor ich auf den Vorschlag zu sprechen komme, würde ich gerne einige Fakten zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, zum IZOM und zur Ostbelgienregelung in Erinnerung rufen:

- Der Föderalstaat hat Ende 2016 alle IZOM Abkommen gekündigt und dies vor allem zum Leidwesen der Flamen und der Deutschsprachigen.
- Unabhängig davon, wer in der DG die Regierung stellt, er wird kein neues IZOM einführen können. Das kann nur der Föderalstaat und wurde seitens der nationalen Gesundheitsministerin definitiv ausgeschlossen.
- Jeder Mensch in Ostbelgien hatte und hat zu jedem Zeitpunkt das Recht, sich in Deutschland behandeln zu lassen. Das ist eine EU-Richtlinie und ein Patientenrecht. Leider wurde zwischenzeitlich behauptet, ohne das IZOM wäre grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung nicht mehr möglich. Das war eine Lüge.
- Die Ostbelgienregelung ermöglicht einen vereinfachten Zugang zu grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung in Deutschland. Sie ist wesentlich umfassender als die europäische Patientenrichtlinie. Leider hat man den Eindruck, dass einige Kollegen vergessen haben, wie die Ostbelgienregelung funktioniert. Sie ermöglicht inzwischen 2000 ostbelgischen Patienten weiterhin die Behandlung in Deutschland, auch wenn der Verwaltungsaufwand höher ist. Es ist eine unglaubliche Sache, dass sie nach der Abschaffung des IZOM binnen kürzester Zeit ausgearbeitet werden konnte um eine Katastrophe zu verhindern. Diesen Umstand verdanken wir vor allem dem Einsatz der freien Krankenkasse.

Kommen wir nun zur Resolution.

Jeder Mensch in Ostbelgien hat das Recht, in seiner Muttersprache behandelt zu werden, ich denke da sind sich alle einig. Ein vollständiges Angebot aller

Gesundheitsdienstleistungen werden hier vor Ort allerdings niemals angeboten werden können, dafür ist die DG zu klein. Wir müssen also einen Spagat schaffen:

- einerseits ist es essentiell unsere beiden Krankenhäuser abzusichern, um eine Basisversorgung in deutscher Sprache hier vor Ort zu haben.
- Andererseits müssen alle anderen Leistungen anderswo in deutsch zugänglich sein. Entweder im Inland, in dem Fall bei dem CHC, Partnerkrankenhaus unserer Krankenhäuser oder im deutschen Grenzgebiet.

Diese Resolution soll versuchen, eine Brücke zwischen diesen Möglichkeiten zu schlagen, ohne unsere Krankenhäuser zu gefährden.

Was wird also gefordert?

- das CHC muss sich bemühen, immer mehr Leistungen auf deutsch anzubieten.
- Die Ostbelgienregelung muss verlängert werden und darüber hinaus gibt es auch hier noch Verbesserungsbedarf.
- Grenzüberschreitende Kooperation unserer Krankenhäuser muss möglich sein, um Lücken im Versorgungsnetz zu schließen. Ein Beispiel wäre die sogenannte ZOAST-Zone, der auf politischer Ebene übrigens nichts mehr im Wege stehen würde. Es liegt allein im Ermessen der Krankenhäuser selbst, eine Kooperation zu schließen oder nicht.

Kolleginnen und Kollegen,

Das Thema ist komplex und die Umsetzung nicht ganz einfach. Für viele Patienten war die Abschaffung des IZOM ein Schock und hat Hürden nach sich gezogen, die vorher nicht da waren. Ich weiß wovon ich spreche, ich war selbst davon betroffen. Aber jetzt müssen wir mit den Instrumenten arbeiten die wir haben. Es ist unredlich kranken Menschen Hoffnung auf ein neues IZOM zu machen und ihnen gleichzeitig zu vermitteln, dass die Ostbelgienregelung eine Katastrophe ist. Die Ostbelgienregelung ist eine gute Lösung, auch wenn sie Mehraufwand bedeutet. Ich selbst nehme sie in Anspruch und bin mehr als glücklich über diese Möglichkeit. Es ist sinnvoller, gemeinsam daran zu arbeiten die Ostbelgienregelung zu verbessern und auf politischer Ebene die Hürden für die Ostbelgier abzubauen, eine Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache in Anspruch nehmen zu können, sei es im Inland oder Ausland. Diese Resolution hier stimmt mich zuversichtlich, dass das Thema zukünftig nicht mehr für Parteipolitik missbraucht wird. Die Menschen in Ostbelgien haben besseres verdient!